

Cornelia Heintze

Gute Arbeit in der Bildung

**– Bestandsaufnahme und Folgerungen für die öffentliche
Bildungsfinanzierung**

Vortrag bei der Delegiertenversammlung
der GEW Bayern
am 31.03.2017
in München

1) Gute Arbeit an Kitas, (Hoch)Schulen und in der Weiterbildung?

- Chronisch krank in Rente: kein Anstieg der gesunden Lebensjahre in Deutschland
- Gute Jobs für wenige als Erklärungsfaktor: Vergleichender Blick
- Zunahme bei psychosozialen Belastungsfaktoren: Befunde aus DGB-Index „Gute Arbeit“
- Kaum gesundheitsfördernde Aktionspläne in Bildungseinrichtungen

2) Hochtrabende Ankündigungen und die Realität der Arbeitsmarktsplaltung

- Hochtrabende Ankündigungen in Serie
- In Einrichtungen der non-formalen Bildung sind prekäre Honorarbeschäftigungen die Regel: Blick auf die Weiterbildung
- Ausbau der Kinderbetreuung als Priorität: Trotzdem dominiert die atypische Beschäftigung
- Erhebliche Defizite bei der Vorhaltung eines unterstützenden Lernumfeldes
- Befristungsunwesen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- Tendenziell rückläufige Bedeutung des Staates als Arbeitgeber

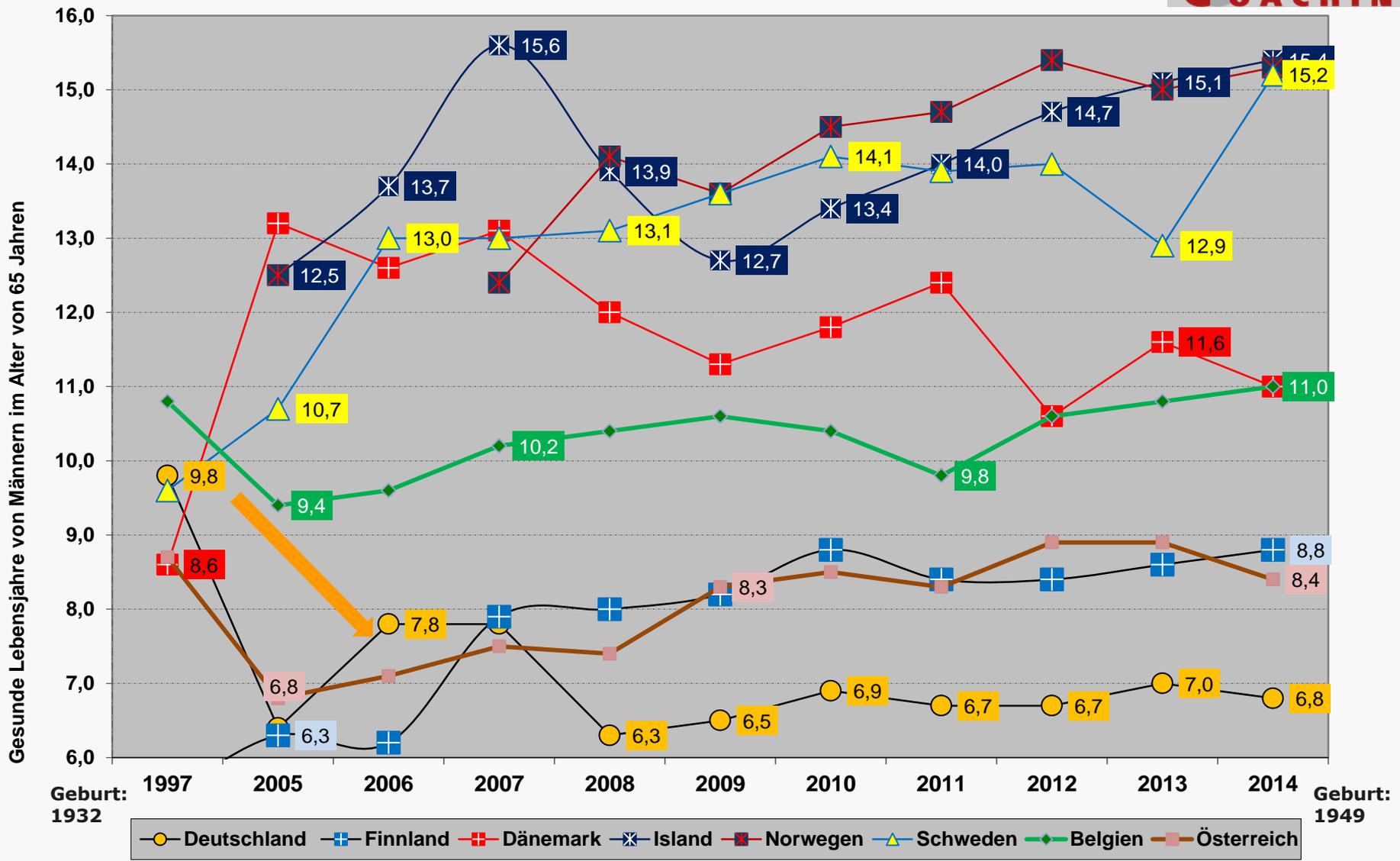
3) Ohne Verteilungsgerechtigkeit keine Chancengerechtigkeit in der Bildung und kein Ende der Arbeitsmarktsplaltung: Bildungsfinanzierung im Fokus

- Staatliche Bildungsausgaben im internationalen Vergleich 2010 und 2014
- Und Bayern?
- Staatliche Konsumausgaben pro EW: Deutschland im Vergleich
- Staatliche Minderausgaben für Bildungspersonal

Eine Schlussbemerkung

Deutschland abgehängt:

Entwicklung der gesunden Lebensjahre von Männern im Alter von 65 Jahren: 1997 und 2005 bis 2014

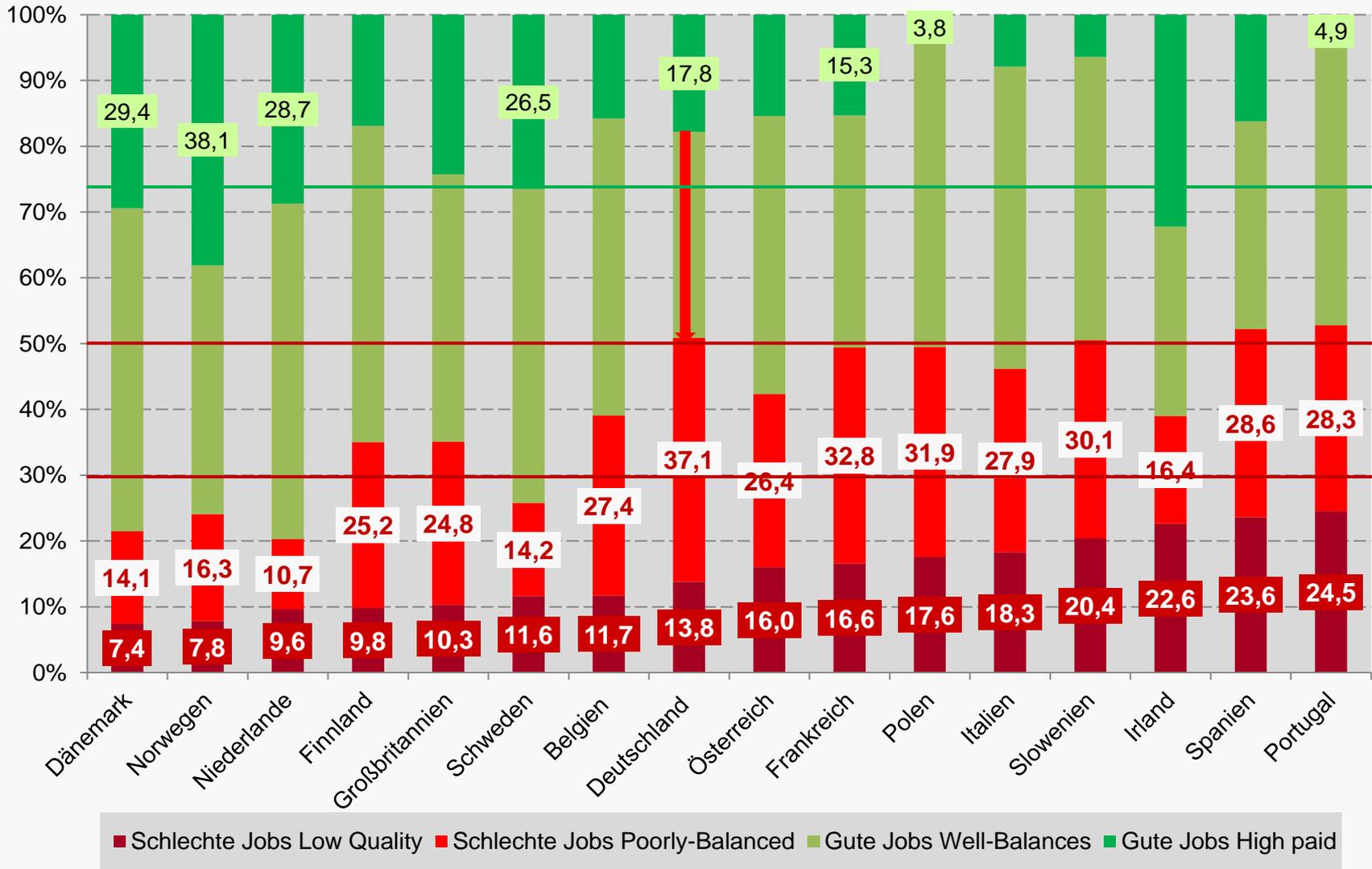


Quelle: Eurostat, Gesunde Lebensjahre (Periode: 1995-2003) [hlth_hlye_h] und Gesunde Lebensjahre (ab 2004) [hlth_hlye]; Update 22.04.2016

Gute Jobs für wenige als ein Erklärungsfaktor

„Hauptsache gute Arbeit!“

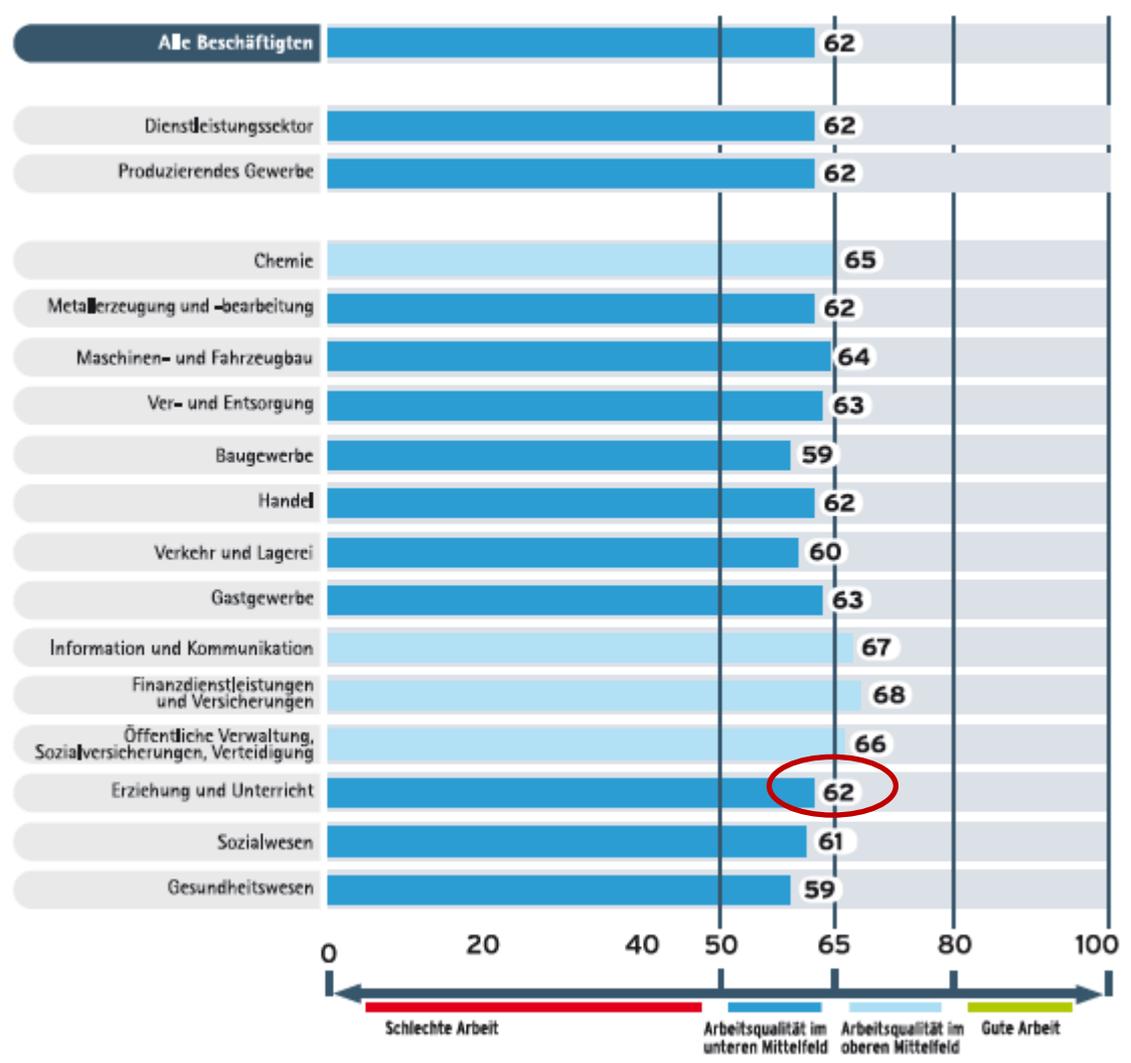
Gilt bei Dienstleistungen für rd. 3 von 4 Arbeitnehmern nicht



Quelle: Eurofound 2012: Trends in Job Quality in Europa, Luxemburg , S. 50; eigene Auswertung

10 Jahre DGB-Index „Gute Arbeit“ (2007 – 2016)

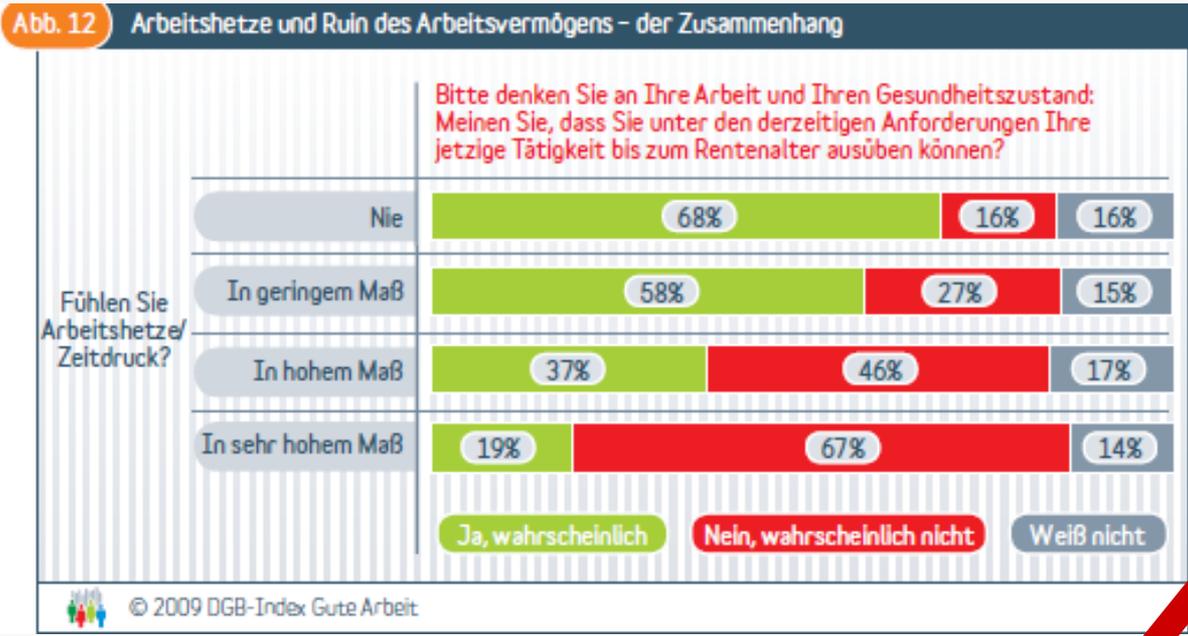
Abb. 13 Der DGB-Index Gute Arbeit 2015 nach Branchen



Der Wirtschaftszweig „Erziehung und Unterricht“ liegt im Mittel.
 Leicht überdurchschnittliche Qualitäten im Kernbereich. Bereiche jenseits davon sind von problematischen Entwicklungen geprägt.



Zeitdruck und Befristung als gesundheitliche Risikofaktoren

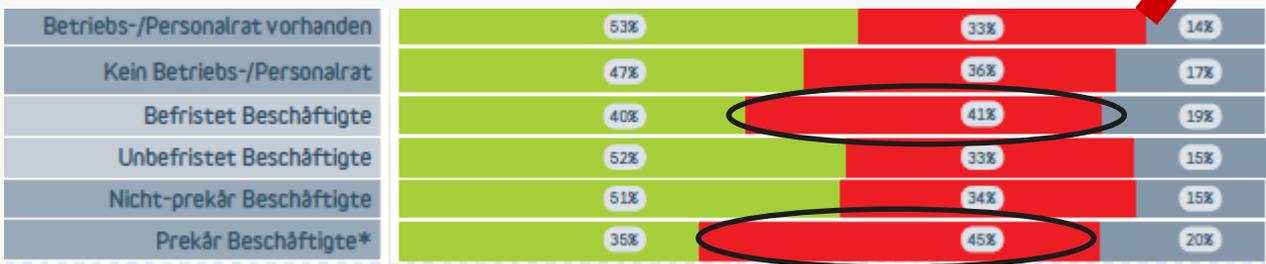


Kombination folgender Faktoren führt zu massiver **Belastungserhöhung:**

- Befristet beschäftigt
- Leiharbeit/prekäre Arbeit
- Kein Betriebs- oder Personalrat

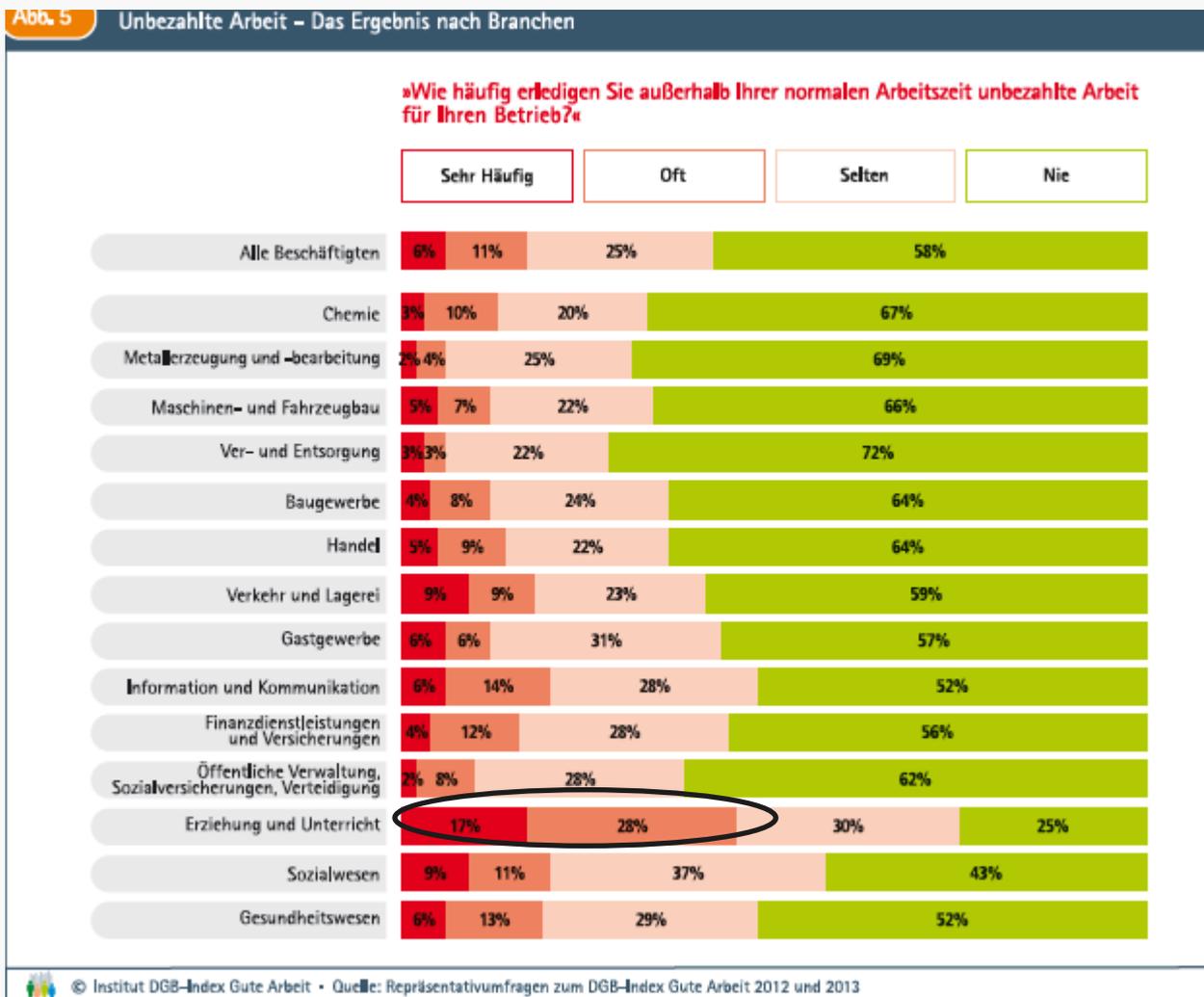
Die **Negativfaktoren** sind zunehmend auch im Bildungssystem anzutreffen, und zwar:

- Kinderbetreuung/Jugendhilfe
- Schulische Unterstützungsdienste (Schulsozialarbeit etc.)
- Weiterbildung
- Hochschulen/Forschungseinrichtungen



Hinweis: Im Hochschulbereich hatten 2014 **93 %** der wissenschaftlichen und künstlerischen MitarbeiterInnen unter 45 Jahren nur eine befristete Stelle. Auch Schulsozialarbeiter hangeln sich von einer Befristung zur nächsten. Noch schlechter steht es um die Freelancer in der Weiterbildung und an Musikschulen, die nur einer Honorartätigkeit nachgehen.

Höchste und hohe Anteile von entgrenzter und unbezahlter Arbeit in Erziehung und Unterricht (DGB-Index Gute Arbeit 2012/13)



Im Bereich Erziehung und Unterricht sagen **45%** der Beschäftigten, dass sie häufig oder oft unbezahlte Arbeit leisten (über alle Branchen: **17%**)

Blick auf Europa: Implementierung psychosozialer Gefährdungsbeurteilungen und Aktionsprogramme insgesamt und in Bildungseinrichtungen

	DE	AT	BE	DK	FI	NO	SE	EU28
Regelmäßige Risiko-Assessments an AP	57	53	42	>80	64	75	>80	48
Betriebsräte/Gewerkschaftsrepräsentanten erhalten die Ergebnisse (neben dem Management) und/oder sind stark in die Beurteilung eingebunden	?			93			90	67
Maßnahme „Aktionsplan gegen Stress“ (ca.% bei Arbeitsstätten ab 19 Beschäftigten)	20	22	36	51	38	40	50	32
Darunter: Bildungseinrichtungen (Implementation von gesundheitlichen Schutzprogrammen)	18		Rd. 80				Rd. 80	70

Als **Gründe für die Durchführung** psychosozialer Gefährdungsbeurteilen werden im Wirtschaftszweig „**Erziehung und Unterricht**“ genannt:

- (1) Gesetzliche Verpflichtung (88%),
- (2) Vereinbarungen in Tarifverträgen und Erwartungen der Beschäftigten (82%),
- (3) Sicherung/Erhöhung der Beschäftigtenproduktivität (50%)

Quellen: (1) Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) (2015): Zweite Europäische Unternehmensbefragung über neue und kommende Risiken (ESENER-2) (engl. Ausgabe); (2) DGB-Index „Gute Arbeit“

2

Wie hochtrabende Ankündigungen zerschellen - Einzelbereiche im Fokus

- Hochtrabende Ankündigungen in Serie
- In Einrichtungen der non-formalen Bildung sind prekäre Honorarbeschäftigungen die Regel: Blick auf die Weiterbildung
- Ausbau der frühkindlichen Bildung als politische Priorität: Trotzdem dominiert atypische Beschäftigung
- Erhebliche Defizite bei der Vorhaltung eines unterstützenden Lernumfeldes
- Befristungsunwesen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- Tendenziell rückläufige Bedeutung des Staates als Arbeitgeber

Serie der hochtrabenden Ankündigungen

1998

„Bildung, Forschung und Wissenschaft sind unsere Antwort auf die Herausforderungen des 21.

Jahrhunderts... Unsere Leitidee ist das Recht auf Bildung, d.h. die bestmögliche Bildung für alle.“

(aus: Koalitionsvereinbarung von SPD und B90/Die Grünen v. 20.10.1998)

2009

„, Bildung und Forschung sind Grundlagen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Bildung ist Voraussetzung für umfassende Teilhabe des Einzelnen in der modernen Wissensgesellschaft. Bildung ist daher für uns Bürgerrecht. Deswegen sagen wir der Bildungsarmut den Kampf an. Dazu bedarf es einer nationalen Anstrengung. Wir wollen mehr Chancengerechtigkeit am Start, Durchlässigkeit und faire Aufstiegschancen für alle ermöglichen. Wir wollen Deutschland zur Bildungsrepublik machen, mit den besten Kindertagesstätten, den besten Schulen und Berufsschulen sowie den besten Hochschulen und Forschungseinrichtungen. d.h. die bestmögliche Bildung für alle.“

(aus: Koalitionsvertrag „Wachstum, Bildung, Zusammenhalt“ von CDU/CSU und FDP v. 24.10.2009)

Ankündigungen zur Bundestagswahl 2013

2013: SPD (15.01.2013)

„Bildung ist ein Menschenrecht. Denn Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, für Teilhabe, **gute Arbeit und existenzsicherndes Einkommen**. Deshalb ist es vornehmste Aufgabe des Staates, ein gutes und leistungsfähiges Bildungssystem zur Verfügung zu stellen, das allen jungen Menschen gute Bildung vermittelt, elternhausbedingte Unterschiede ausgleicht und alle mitnimmt.“ Gefordert wird:

- Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, „das von Kita und Schule bis zur beruflichen Ausbildung, **dem Hochschulstudium und der Weiterbildung** reicht.“
- „Zentral sind bedarfsgerechte und hochwertige Kitas (...)“
- Bis 2020 soll ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz für alle Schulformen eingeführt werden.
- Nicht nur Studiengebühren sollen abgeschafft werden, sondern alle „**Gebühren für Ausbildungen und Prüfungen an öffentlichen Schulen und Fachschulen**.“

(aus: Antrag „Mit einer eigenständigen Jugendpolitik Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Rückhalt geben“, Antrag der SPD-Bundestagsfraktion v. 15.01.2013, BT-Drs. 17/12063)

2013: Bundestagswahlprogramm der Grünen

und Entwicklung investiert werden. Für mehr Studienplätze, bessere Studienbedingungen, eine höhere Qualität der Lehre und verlässliche Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir zusätzlich mindestens 1 Mrd. € jährlich in unsere Hochschulen investieren. Mit veränderten Finanzierungsschlüsseln bei der außeruniversitären Forschung wollen wir den Ländern außerdem Spielräume verschaffen, um die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu stärken. Damit sollen prekäre Beschäftigung eingedämmt und eine Ausfinanzierung der Studienplätze gewährleistet werden.

Blick auf Weiterbildung und non-formale Bildung insgesamt

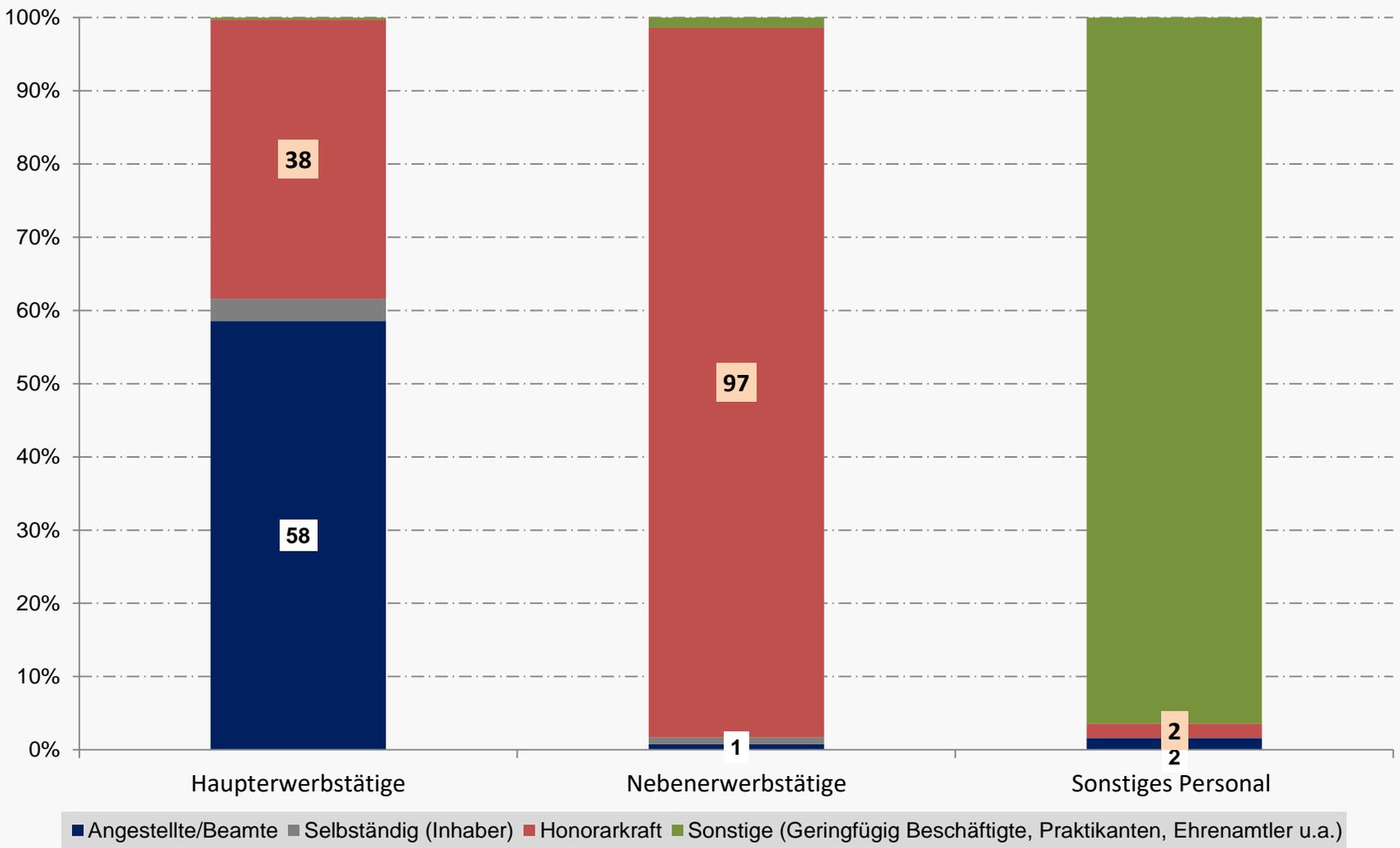
Versprechen der Schröder-Regierung (1997 – 2005): Weiterbildung soll als vierte Säule des Bildungssystems ausgebaut und verankert werden

Tatsächlich kam die Weiterbildung unter die Räder einer Finanzpolitik, die mit massiven Steuer-senkungen (Senkung des Spitzensteuersatzes, Aussetzung der Erhebung der Vermögensteuer, Senkung der Unternehmenssteuer) die Finanzierungsbasis des konservativen deutschen Sozialstaates zum erodieren brachte. Die **Steuerausfälle kumulierten** sich binnen einer Dekade (2001 – 2011) auf **236 Mrd. €**

- ➔ **Folge:** Weiterbildung wurde nicht als 4. Säule des Bildungssystems verankert. Es entstand eine fragmentierte Weiterbildungslandschaft, kein kohärentes System, daher auch keine Gesamtstatistik. Dies vor dem Hintergrund eines stark gewachsenen Bedarfs an Lebenslangem Lernen.
- ➔ Die fragile Finanzierung zeigt sich an dem Befund, dass **trotz Krippenausbau** immer weniger in die non-formale Bildung (neben der betrieblichen Weiterbildung sind darin die Ausgaben für Krippen, Horte und Volkshochschulen ebenso enthalten wie die Jugendbildungsausgaben und die Ausgaben für die Förderung von Teilnehmern an Weiterbildungsmaßnahmen) investiert wird. **Die Ausgabenquote** (öff. + private Mittel) **hat sich von 1995 bis 2014 halbiert** 1995 : **1,2% des BIP**; 2007: **0,7% des BIP**; **2014 0,6 %** (Destatis 2010: 26; Destatis 2016: 127). Die Ausgaben der Bundesarbeitsagentur und des Bundesarbeitsministeriums für Bildungsmaßnahmen sanken von **11 Mrd. € (1999)** auf **6,2 Mrd. € (2015)** (Destatis, Bildungsfinanzberichte fortlaufend bis 2016, S. 77, S. 125)
- ➔ Die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen schafft ein Ventil, um die Folgen der Entstaatlichung zu privatisieren. 2003 kamen auf einen Hauptamtlichen 18,3 Freelancer, heute sind es 24,4 Personen.
- ➔ Von einem öffentlich getragenen Weiterbildungssystem kann in Deutschland keine Rede sein. Weiterbildung ist in hohem Maße privatisiert. Entsprechend **halbierten sich die öffentlichen Ausgaben von 0,55 % des BIP (1995) auf 0,22 % des BIP (2012)**. Differenz entspricht auf 2016 bezogen dem Betrag von 10,34 Mrd. €

Akademisches Prekariat in der Weiterbildung (2014)

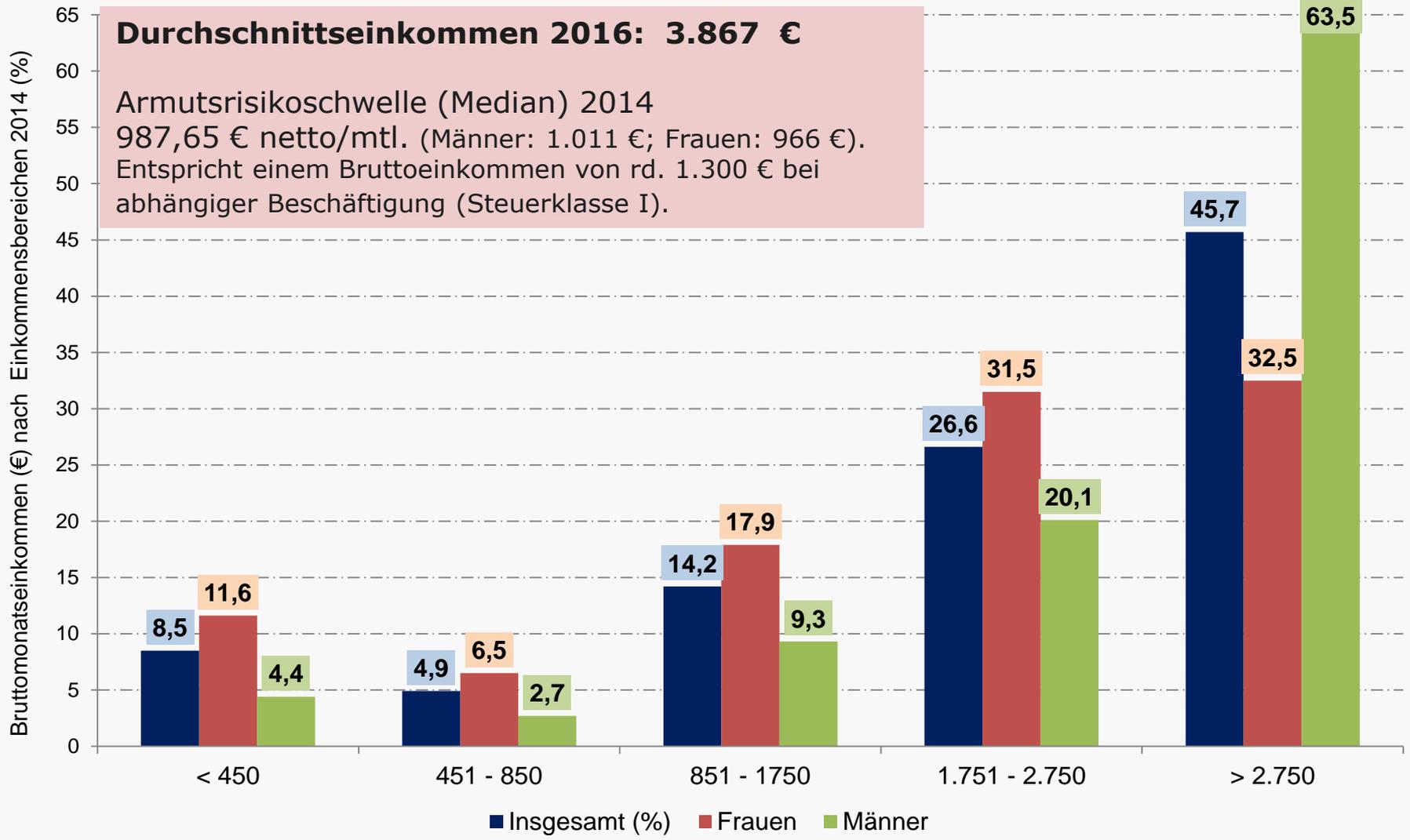
Honorarbeschäftigung als Treiber der Prekarisierung



Quelle: Nationaler Bildungsbericht 2016, BT.Drs. 18/10100, Tab. G3-1A, S. 313

Akademisches Prekariat in der Weiterbildung

Niedriglohnbeschäftigung ist 2014 Realität für fast 30% der in der Weiterbildung Haupterbstätigen



Ausbau der frühkindlichen Bildung als politische Priorität: Trotzdem dominiert atypische Beschäftigung

- **Anteil öffentlicher Trägerschaften ist tendenziell rückläufig:** Dies verschlechtert die Möglichkeiten, gute Tarifverträge durchzusetzen
 (1/3 öffentliche Beschäftigung als kritischer Schwellenwert)
 - Bayern: 2009: 30,1%; 2015: 28,8%
 - Baden-Württemberg: 2009: 41,6%; 2015: 41,9%
 - Rheinland-Pfalz: 2009: 45,1%; 2015: 46,4%
 - Nordrhein-Westfalen 2009: 25,0%; 2015: 25,0%

- **Schlaglichter auf die Situation in Bayern** (Quelle: Bertelsmann-Ländermonitor 2015).
 - **Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten sank** von 61% (1998) auf 42% (2014)
 - Hoher Anteil von Beschäftigten mit einem geringeren Arbeitszeitumfang (18% verglichen mit 15% im Bundesdurchschnitt).
 - **Spitzenreiter bei der Befristung:** 20 % des pädagogischen Personals gegenüber 15 % im Bundesdurchschnitt
 - An 25% der Kitas verfügen die KiTa-Leitungen für die Wahrnehmung der Leitungsaufgabe über keine freigestellten Personalkapazitäten (Bundesdurchschnitt: 17 %). Da keine Landesvorgabe liegt die Ausgestaltung in der Trägerverantwortung. .
 - Das Betreuungsverhältnis in Kindergartengruppen ist auf dem Niveau von 2012 geblieben (1 : 9,0) < Personalschlüssel ungünstiger als im westdeutschen Durchschnitt (1 : 3,6 bzw. 1 : 8,9). Empfohlen werden: 1 : 3 bzw. 1 : 7,5.

Quelle: Bertelsmann-Stiftung, Ländermonitor frühkindliche Bildung von 2015

Keine Vorhaltung eines die Lehrer unterstützenden Lernumfeldes durch kostenlose Schulverpflegung für alle und Schulsozialarbeit an jeder Schule. Bei der Schulpsychologie erreicht Deutschland trotz leichte Verbesserungen noch nicht einmal Mindeststandards

A GOOD SCHOOL MEAL IS SEEN AS AN INVESTMENT IN THE FUTURE
In Finland each pupil and student from pre-primary to upper secondary education can enjoy a free school meal. Nearly 830 000 pupils and students are entitled to free school lunch. In addition to this, some 60 000 children taking part in before- and after-school activities get to enjoy a snack. Some education providers

- **Schulverpflegung:** Kostenlose Verpflegung existiert nicht; Qualität lässt zu wünschen übrig.
- **Schulsozialarbeit:** Mindestens 1 Stelle pro Schule ist kaum realisiert. **Bayern** schneidet mit Jugendsozialarbeit noch vergleichsweise gut ab: 2008 125; 2010 450 Stellen; 1.1.2017: 810 Stellen; Ziel 1000 Stellen bis 2019 Angebot richtet sich aber nicht an alle, sondern nur an sozial benachteiligte. (Quelle: Dt. BT, WD 8-3000 080/16)
- **Schulpsychologie:** KMK empfahl bereits 1973 eine Stelle pro 5000 SchülerInnen mindestens. Gute fachliche Versorgung ist nach heutigem Wissensstand bei einer Vollzeitkraft auf 1000 SchülerInnen gegeben. Traurige Realität in Deutschland: Eine fachlich gute Versorgung gibt es nirgends.
 - 2016 erreichen Berlin und das Saarland näherungsweise den 1973 festgelegten Zielwert. Zielerreichung zu 2/3 bis drei Viertel schaffen Bremen (66%), Nordrhein-Westfalen (67%), Baden-Württemberg (70%), Bayern (74%) und Thüringen (74%).
 - Bayern: Verbesserung von 1 Stelle auf 7.900 SchülerInnen (2011/12) auf 1:6.786 (2016)
 - Die anderen Bundesländer bleiben weit von Mindeststandards entfernt.
 - Zur Erreichung einer Mindestausstattung müsste die Zahl der besetzten Stellen bundesweit auf rd. 20.000 verdoppelt werden.

Quelle: 22. Bundeskongresses am 28.9.2016 in Berlin der Sektion Schulpsychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP)

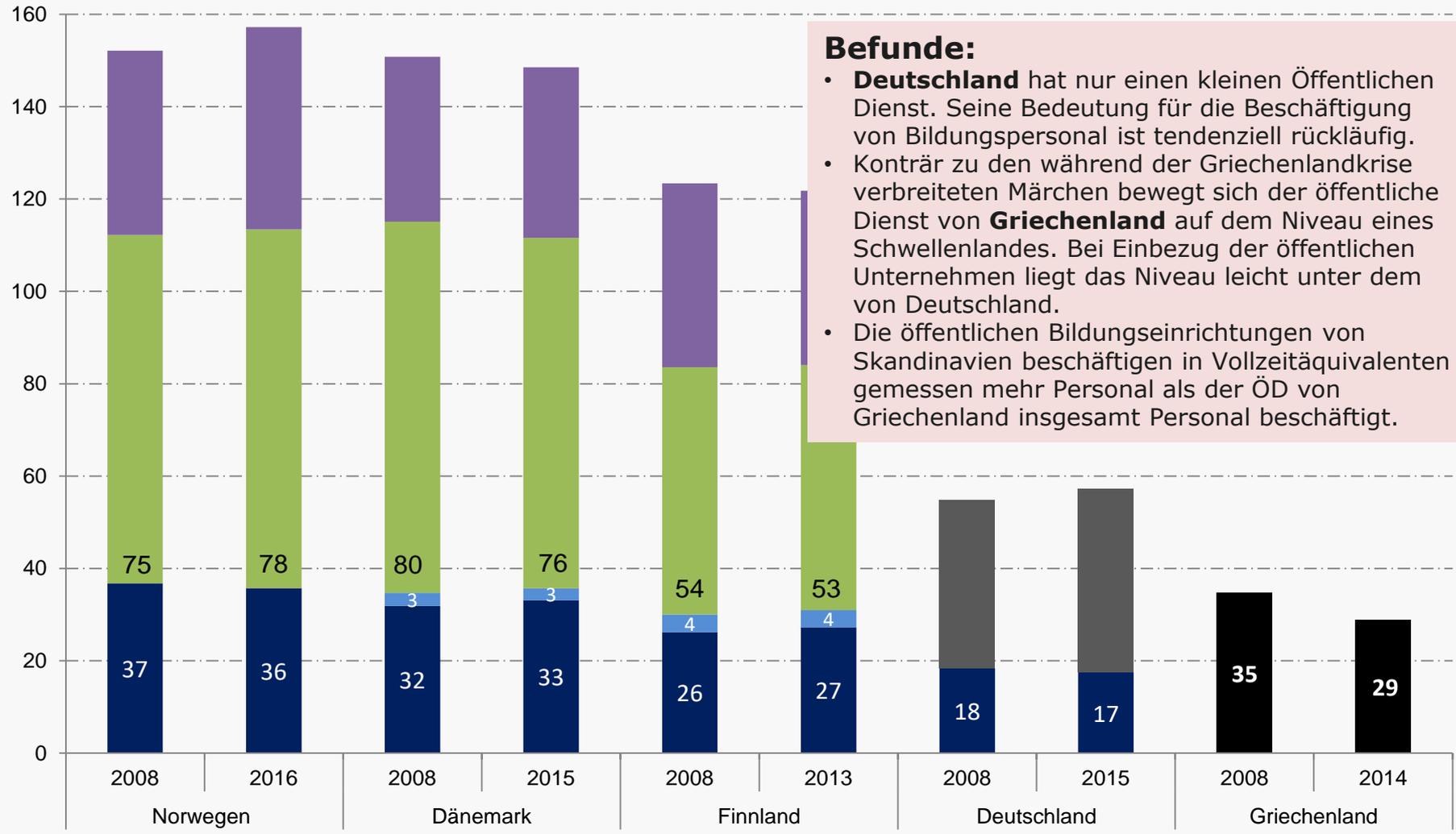
Akademisches Prekariat an den Hochschulen

Das **Befristungsunwesen** resultiert aus dem Widerspruch zwischen starkem Anstieg der Studierendenzahl bei kaum gestiegenen öffentlichen Investitionen von nur rd. 1% des BIP

- Studierende in Deutschland insgesamt: Von 1,72 Mio. (2000) **Anstieg um 61%** auf 2,76 Mio. (2015); In **Bayern** von 207,8 Tsd. um **82%** auf 376,5 Tsd. (2015)
(Quelle: Destatis: Fachserie 11, Reihen 4.3 und 4.4. Bildung und Kultur (Personal an Hochschulen), fortlaufend bis 2016)
- Die öffentlichen Ausgaben für tertiäre Bildungseinrichtungen (OECD-Indikator B2.4) verharren dagegen stabil bei 0,9% bis 1% des BIP (2004: 0,96%; 2013: 1,0%; Quelle: OECD)
- Die anhaltende öffentliche Unterfinanzierung korrespondiert mit der **Transformation der Hochschulen zu Serviceeinrichtungen der Privatwirtschaft**. Gleichmaßen die Abhängigkeit von **kurzfristigen Drittmitteln** ist stark gestiegen wie auch die Bindung öffentlicher Mittel für die Einwerbung von Drittmitteln.
- Der Ökonomisierungsprozess unterminiert die Freiheit von Forschung und Lehre; Unternehmen gewinnen Einfluss auf die Forschungsschwerpunkte und die Forschungsergebnisse. Und er ermöglicht durch die Bindung von Stellen an Projekte extensive Stellenbefristungen.

Ohne Brechung des Trends zur unternehmerischen Hochschule und ohne Steigerung der öffentlichen Grundmittel (in % des BIP) sind substantielle Besserungen nicht zu erwarten.

Bildungspersonal im Spiegel der Größe des öffentlichen Dienstes: Beschäftigte 2008 und letztverfügbares Jahr je 1000 EW



Befunde:

- **Deutschland** hat nur einen kleinen Öffentlichen Dienst. Seine Bedeutung für die Beschäftigung von Bildungspersonal ist tendenziell rückläufig.
- Konträr zu den während der Griechenlandkrise verbreiteten Märchen bewegt sich der öffentliche Dienst von **Griechenland** auf dem Niveau eines Schwellenlandes. Bei Einbezug der öffentlichen Unternehmen liegt das Niveau leicht unter dem von Deutschland.
- Die öffentlichen Bildungseinrichtungen von Skandinavien beschäftigen in Vollzeitäquivalenten gemessen mehr Personal als der ÖD von Griechenland insgesamt Personal beschäftigt.

■ Bildungssektor ■ Kultur ■ Soziales und Gesundheit ■ Öffentliche Verwaltung, sonstige Dienste

Quellen: 1) Eurostat (Bevölkerung); 2) Dänemark, Finnland und Norwegen: Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen und Sektoren (amtliche Statistik); 3) Deutschland: Destatis, Personalstandstatistik öffentlicher Dienst, 4) Griechenland: ILO

Block 3

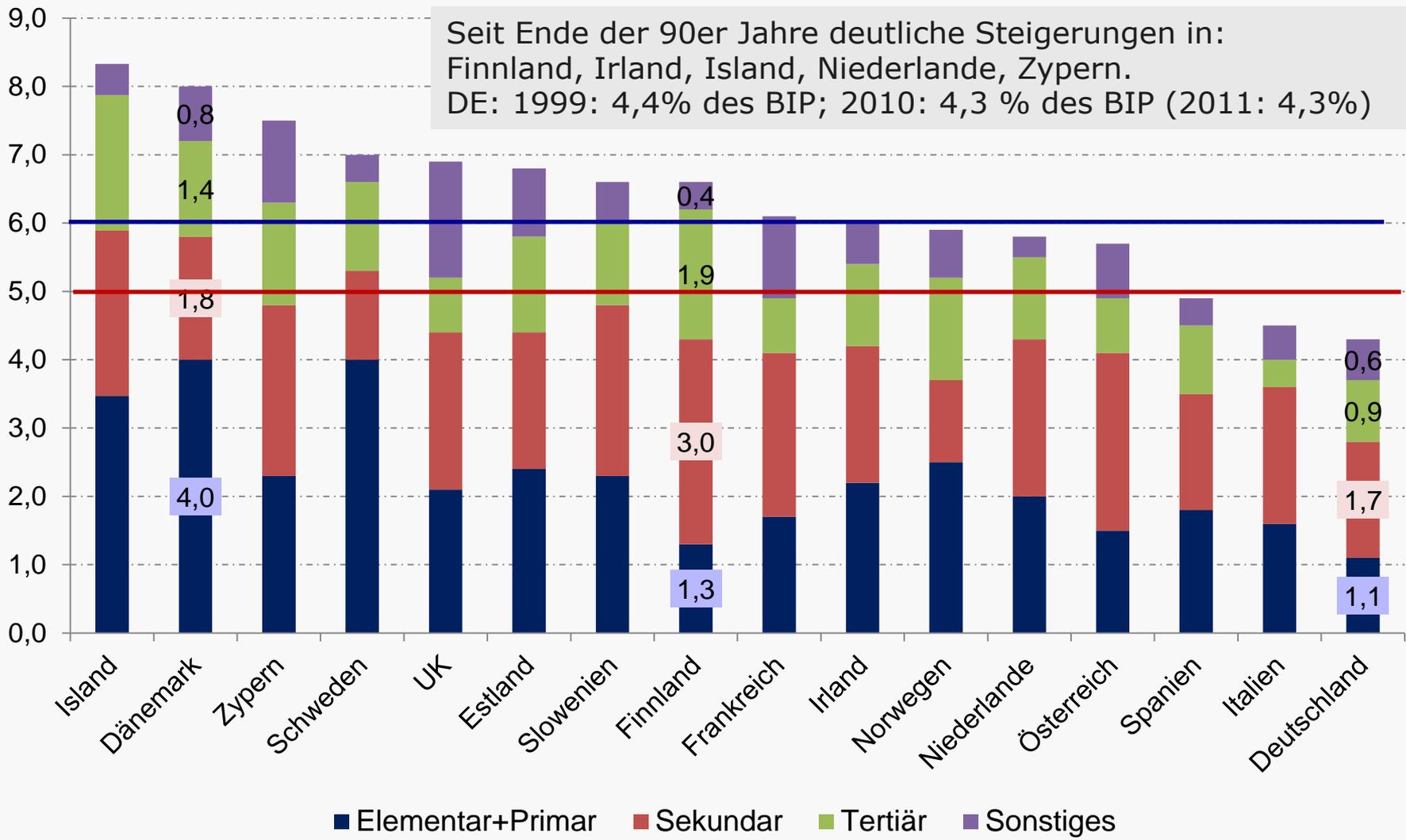


Ohne höhere Abgaben- und Staatsquote kein Abbau der Unterfinanzierung des deutschen Bildungssystem

- Staatliche Bildungsausgaben im internationalen Vergleich 2010 und 2014
- Und Bayern?
- Staatliche Konsumausgaben pro EW: Deutschland im Vergleich
- Staatliche Minderausgaben für Bildungspersonal

Bei der staatlichen Bildungsfinanzierung gehört Deutschland zu den Schlusslichtern: 2010 (% des BIP)

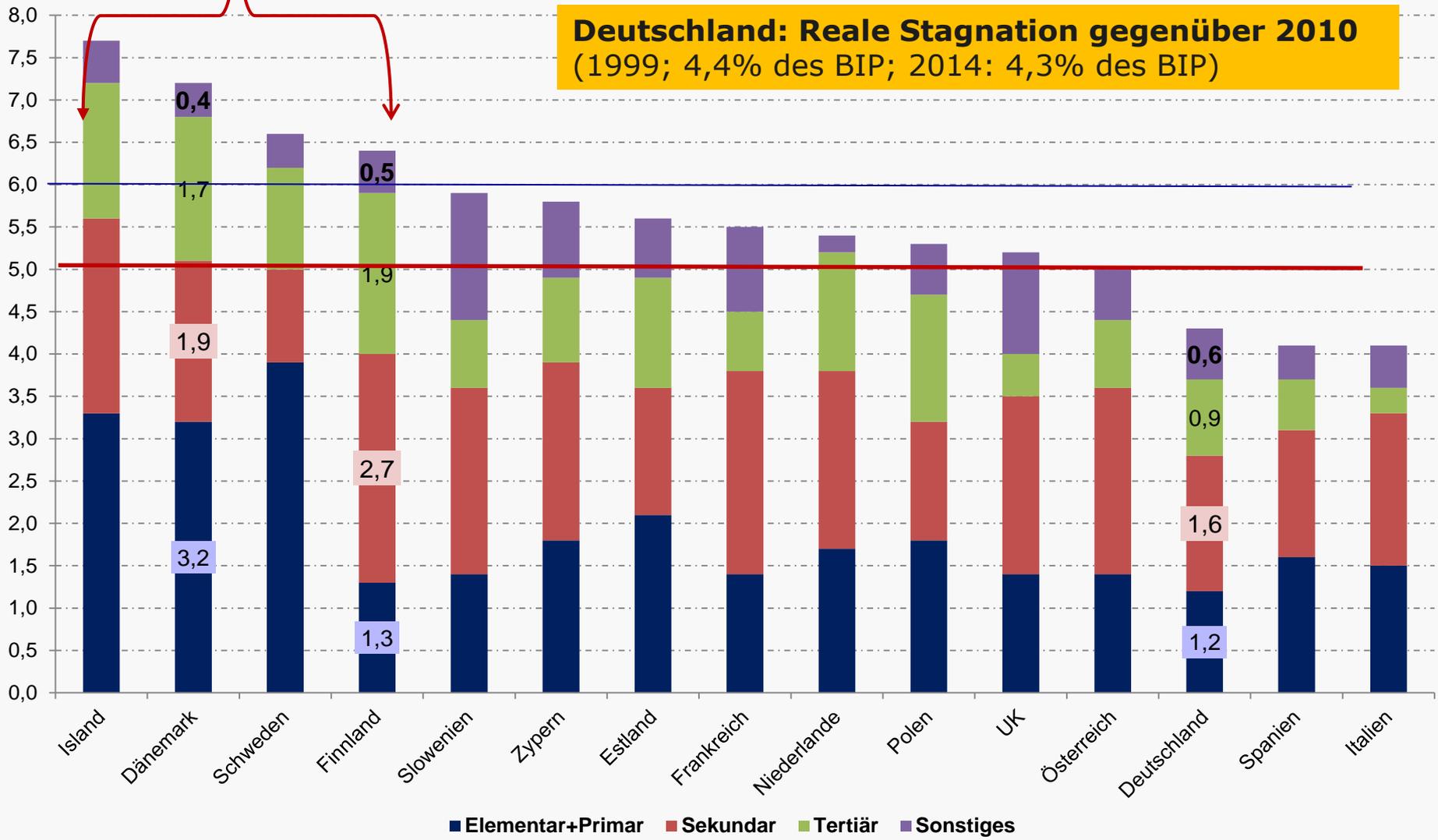
Seit Ende der 90er Jahre deutliche Steigerungen in: Finnland, Irland, Island, Niederlande, Zypern.
DE: 1999: 4,4% des BIP; 2010: 4,3 % des BIP (2011: 4,3%)



Quelle: Eurostat, Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereich (COFOG) [gov_a_exp]; Aufgabenbereich „Bildung“; Update vom 06.02.2013

... daran hat sich bis 2014 nichts geändert (% des BIP)

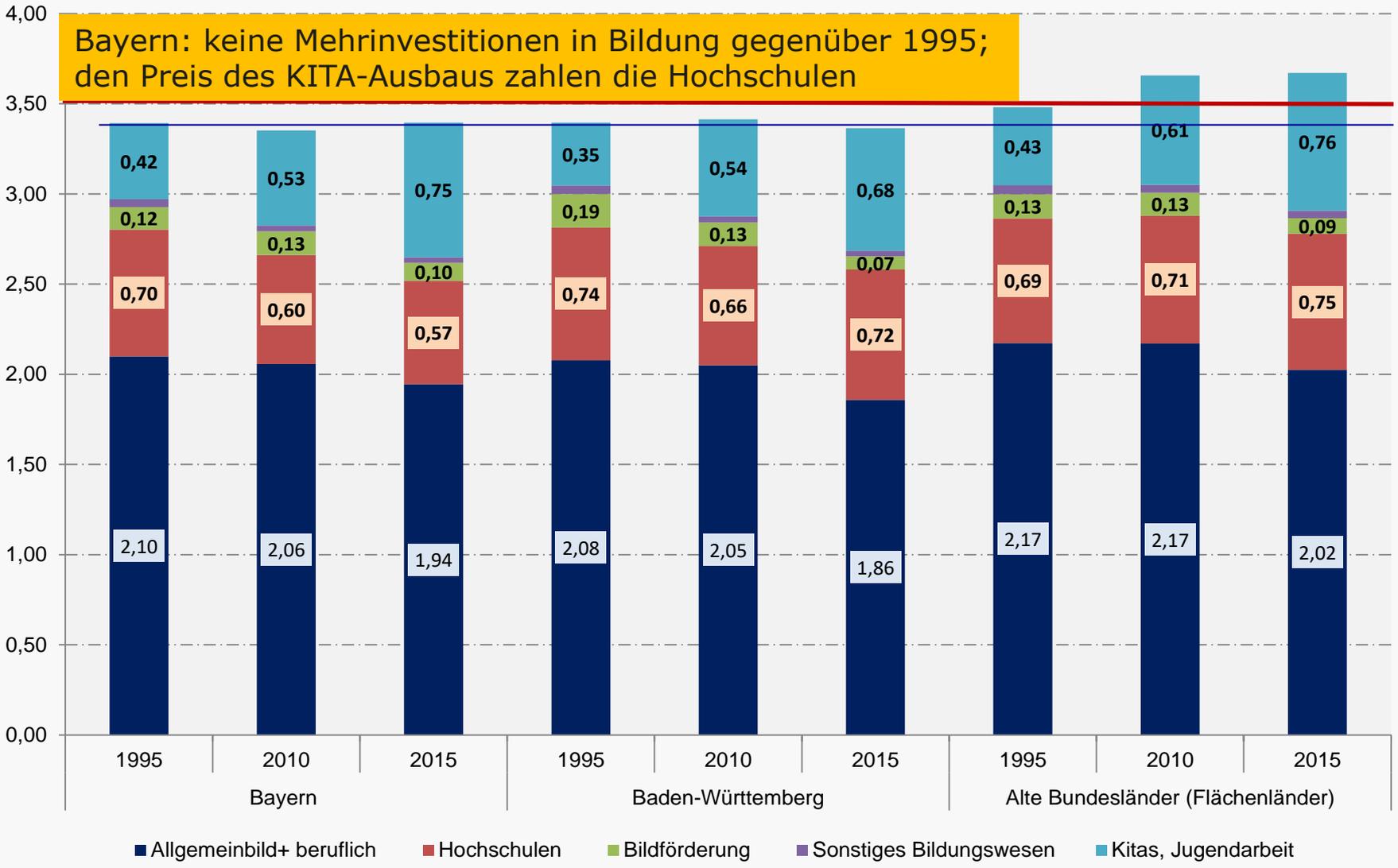
Deutschland: Reale Stagnation gegenüber 2010
(1999; 4,4% des BIP; 2014: 4,3% des BIP)



Quelle: Eurostat, General government expenditure by function (COFOG) [gov_10a_exp], 22.07.2016

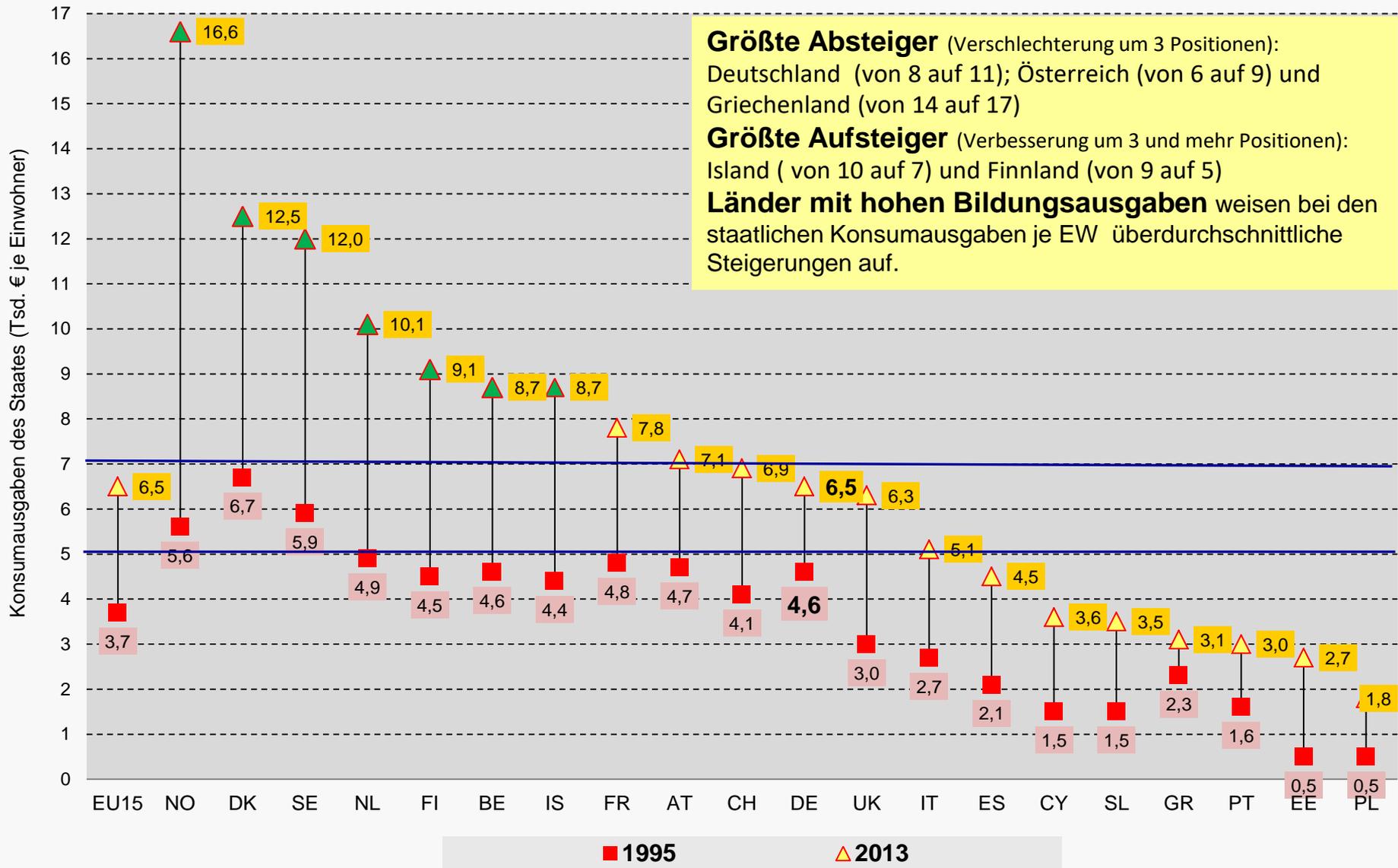
... und Bayern (Land+Kommunen) im Vergleich (% des BIP)

Bayern: keine Mehrinvestitionen in Bildung gegenüber 1995; den Preis des KITA-Ausbaus zahlen die Hochschulen



Quelle: Destatis, Bildungsfinanzbericht 2016 (15.12.2016), Tabellenband (eigene Auswertung)

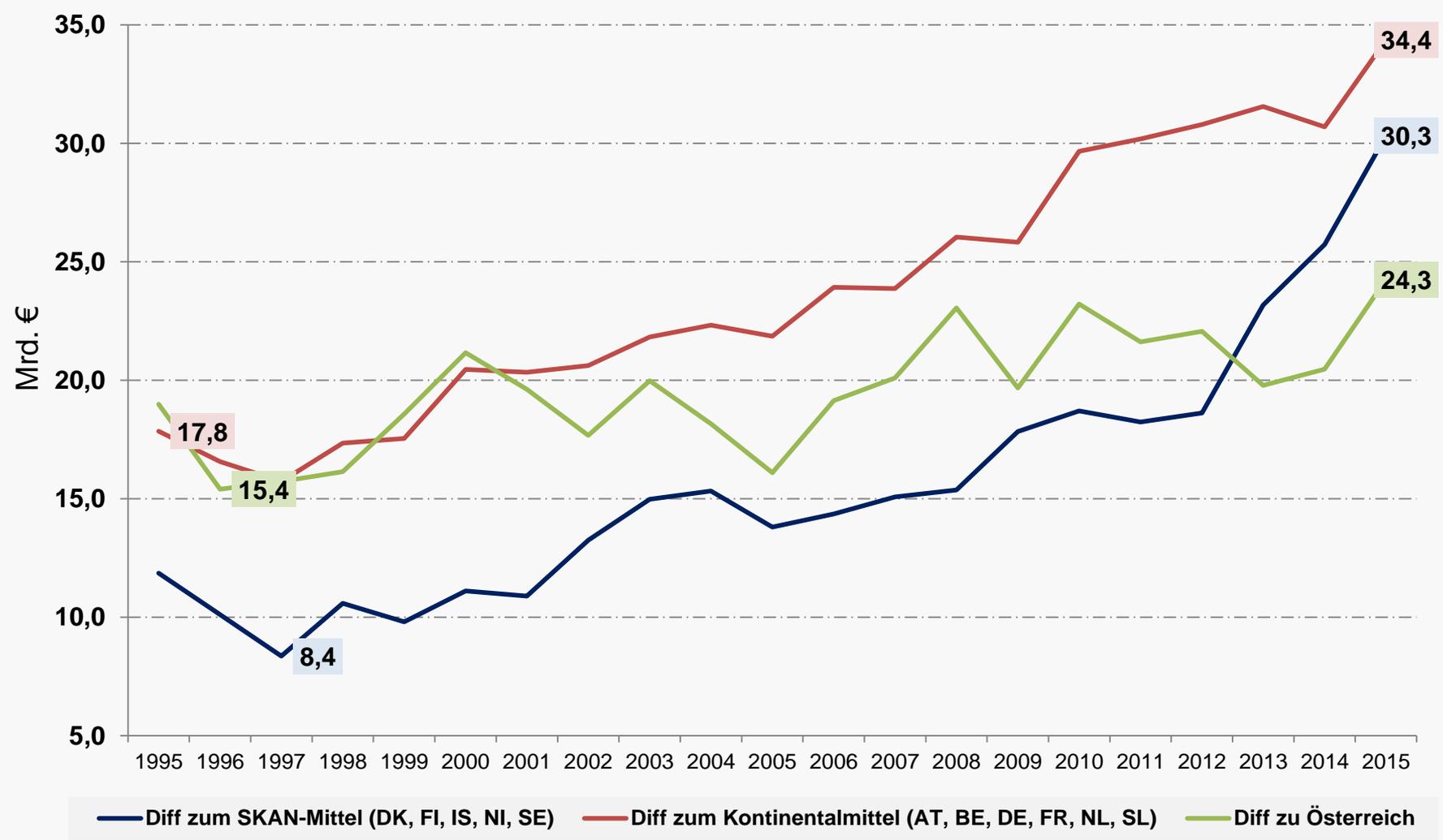
Staatliche Konsumausgaben pro Einwohner im Zwei-Jahres-Vergleich 1995 und 2013 (€ je EW)



GR: 2000 und 2012

Quelle: Eurostat, GDP and main components - current prices [nama_gdp_c]; Final consumption expenditure of general government; Update 14.10.16; Eigene Auswertung

Staatliche Minderausgaben für eigenes Bildungspersonal 1995 – 2015 im Vergleich mit Skandinavien, Kontinentaleuropa und Österreich



Quellen: Eurostat, General government expenditure by function (COFOG) [gov_10a_exp], Update vom 01.03.2017; IWF: BIP zu laufenden Marktpreisen (lange Zeitreihe); eigene Berechnung

Schlussbemerkung



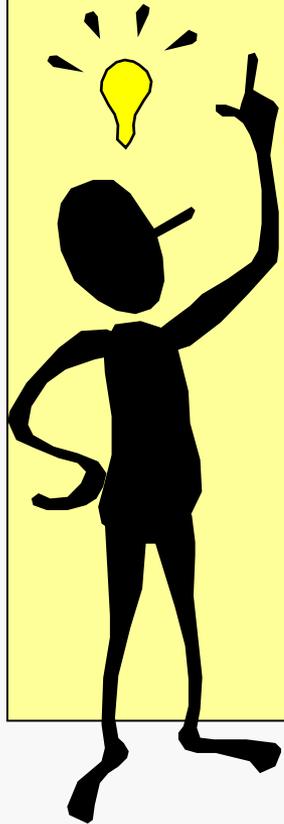
Notwendig

Ohne einen finanzpolitischen Paradigmenwechsel in Richtung deutlicher **Erhöhung der Steuereinnahme- und der Staatsausgabenquote** wird es keine Behebung der unzureichenden Ausstattung des deutschen Bildungssystems mit öffentlichen Finanzmitteln geben. Dies aber ist die unabdingbare Voraussetzung für bessere Arbeitsbedingungen in der Bildung mit auch guter Entlohnung für alle.

Ohne Umverteilung von oben nach unten, ohne Verteilungsgerechtigkeit gibt es aber auch keine Chancengleichheit. Es bleibt dann bei den Strategien der Verwaltung des Mangels durch Ventilöffnung für schlechte Arbeit und die Ankurbelung privater Finanzierung.

Folgen des Verzichts auf eine Erhöhung der Staatsquote:

- (1) Das Versprechen auf gleiche Chancen und Teilhabe bleibt weiter auf der Strecke.
- (2) Die soziale Segregation nimmt zu, befördert auch durch die wachsende Privatisierung.
- (3) Private Geldgeber erhalten wachsenden Einfluss auf die Bildungsinhalte mit negativen Folgen auch für unser demokratisches Gemeinwesen.
- (4) Gute Arbeit in der Bildung ist einer Minderheit der Beschäftigten vorbehalten.



Vielen Dank für Eure
Aufmerksamkeit

Zusatzinfo zu voreiligen Erfolgsmeldungen bei Bildungsausgaben

Dr. Heintze

7+3-Prozent-Ziel

Bildungsgipfel von Herbst 2008

10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sollen für Bildung und Forschung aufgewandt werden; 7 % für Bildung und 3 % für Forschung.

Die Mittel sollen aus öffentlichen und privaten Quellen stammen.

Bis 2015 soll das Ziel erreicht sein (fand Eingang in den Koalitionsvertrag der Schwarz-Gelben-Bundesregierung). Internationale Vergleichbarkeit ist nicht gegeben.

Erfolgsmeldung für 2010

Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft stieg 2010 um rd. 10 Mrd. Euro“ auf 234,5 Mrd. Euro

*„In Relation zum Bruttoinlandsprodukt wurden **2009 und 2010 in Deutschland jeweils 9,5 % des BIP** für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben.“*

(Destatis, Bildungsfinanzbericht 2012, S. 16)

Bildungsbudget stieg auf 172,3 Mrd. € (6,9 % des BIP)

(Destatis, Bildungsfinanzbericht 2012, S. 16)

Aber...

Darin enthalten waren:

- Nur 129,8 Mrd. € an Mitteln der öffentlichen Hand (= 75 %)
- 5,5 Mrd. € der Privathaushalte für Nachhilfeunterricht
- 7,6 Mrd. € für Kindergeld
- 8,7 Mrd. € aus den Konjunkturprogrammen, mit denen 2009 die Wirtschaft stabilisiert wurde* (Auszahlung 2009 bis 2011)

Quelle: Bildungsfinanzbericht 2012

2014: Anteil ist auf 6,5 BIP-Prozentpunkte gesunken.

* „Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (Zukunftsinvestitionsgesetz). Gesetz trat am 6. März 2009 in Kraft und lief bis zum 31.12.2011